

Wie weiter zur inklusiven Schule für die Demokratie –

nach über 50 Jahren IGS in Hessen?

Gerd-Ulrich Franz

„Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind wahrhaft gigantisch. Ich denke nur an die Frage, was und wie wir in Zukunft in dieser Schule lehren und lernen werden. Auf welche Weise wir sie so demokratisieren, daß die Zahl der politisch Gleichgültigen und Unwissenden sinkt und die Zahl derer, die bereit sind, kritisch zu bleiben und Verantwortung zu übernehmen, steigt. [...] Wie bilden wir die Lehrer, die den Aufgaben, die in dieser Schule auf sie zukommen, gewachsen sind?“

(Herbert Enderwitz, 1968)

Mit diesen Fragen endet Herbert Enderwitz' Bericht zu den Anfängen der Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt für ein „Pädagogisches Planspiel: Gesamtschule“ 1968 in Dortmund – sie sind bis heute nicht wirklich beantwortet. Von Anfang an wurde die IGS eher nur als eine Zusammenfassung der Schulformen denn als Überwindung des selektiven Systems politisch propagiert und organisatorisch realisiert. Die Arbeit an den integrierten Gesamtschulen wird so bis heute formal und in den Köpfen durch die schulförmig einordnenden Vorgaben des tradierten Schulsystems beeinträchtigt. Noch immer ist die 1968 angesprochene Lehrkräftebildung für die Arbeit an der Gesamtschule nicht in Sicht. Die Lehrkräfteausbildung muss endlich der Chance und Bedeutung des gemeinsamen Lernens für die Einzelnen und die Gesellschaft Rechnung tragen und dieses als pädagogische Aufgabe in den Mittelpunkt der Lehrer:innenarbeit stellen!

Der einstige Aufbruch mit neuen Inhalten, mit Rahmenrichtlinien und Curricula leistete für ein angemessenes Umdenken nur einen begrenzten Beitrag, etwa für den Lernbereich Gesellschaftslehre – der dafür aber den politischen Konflikt stark befeuerte. Die pädagogisch angemessene Ausgestaltung des gemeinsamen Lernens kam erst 1983 mit der ‚Offenen Schule Waldau‘ als besondere Aufgabe in den Blick. An ihren

Strukturen orientierten sich die neu gegründeten Schulen der 2. Generation, aber auch bestehende Schulen. Lehrer:innenteams wurden zum zentralen strukturellen Merkmal des pädagogischen Aufbruchs. Das politische Aus der pädagogisch gut vorbereiteten flächendeckenden Förderstufe verursachte 1987 zum Glück neuen Schub für die IGS. Eltern erwarteten nun, dass sich die positiven Erfahrungen ihrer Kinder in einer IGS fortsetzen sollten. Auch die Integration der 5/6 als Eingangsstufe der IGS setzte Impulse für eine pädagogische Erneuerung. Der Kreis der „E/G-Schulen“ diskutierte Schritte zur Überwindung der schulförmigen „A-B-C-Differenzierung“ durch eine fachbezogene „E/G“-Differenzierung. Einen weiteren Beitrag leisteten Schulen, die eine „vollständige Binnendifferenzierung“ einführten, dabei allerdings nur – anders als der Begriff suggeriert – eine vorab in G und E einstufige „klassenintern organisierte“ Differenzierung umsetzen dürfen.

Eltern erwarteten 1987, dass sich die positiven Erfahrungen ihrer Kinder in einer IGS fortsetzen sollten.

Ergänzt wird diese Praxis durch vielfältige Formen selbstständigen und auch jahrgangsübergreifenden Lernens in einigen Schulen. Die Schüler:innenschaft der IGS ist längst im inklusiven Sinne durch Kinder mit besonderem Förderbedarf erweitert. Damit wird einmal mehr der spezifische Auftrag der IGS offensichtlich – leider aber auch der eklatante Mangel einer Ausbildung, die bisher nicht auf die pädagogischen Erfordernisse dieses inklusiven Auftrags vorbereitet. Stattdessen prägt die ‚schulförmig sortierende Orientierung‘ in den Köpfen vieler Kolleg*innen, Eltern und handelnden Menschen in der Bildungsverwaltung und bei den Schulträgern die Sicht auf Schule und Ausbildung.

Die Gesamtschulen werden darin bestenfalls auf einen wohlfeilen pädagogischen Bypass zum Gymnasium reduziert, statt die negativen Effekte jedweder Sortierung für die Kinder und die Gesellschaft als Ganzes in den Blick zu nehmen. Denn – wie schon vor über 100 Jahren zu Recht als Anforderungen für die öffentliche Schule benannt:

„Das Erkenntnisvermögen ist nicht das höchste im Menschen, es ist ein gleichwertiges neben allen anderen. Das hat unsere Schule bisher noch nicht gewusst, und es ist notwendig, daß sie es lernt. Lernen wir das nicht, so treiben wir die alte Fremdheit, **das alte Meinen von Überlegenheit und Unterlegenheit immer wieder in unser Volk hinein.**“

Und weiter:

„Der Mann, der mit seinen Händen etwas Ehrliches und Tüchtiges schafft, ist durchaus gleichwertig demjenigen, der sich in der Wissenschaft betätigt. **Das muss unsere Jugend in der Schule lernen, das muss sie am ganzen Aufbau unserer Schule erkennen!**“

(Johannes Tews, „Die Reichsschulkonferenz 1920“, Leipzig 1921, S. 468; Hervorhebung im Text G.U.F)

Statt also vordergründig über fehlende Anerkennung beruflicher Ausbildung oder angeblich überbordende Abiturient:innenzahlen zu lamentieren, muss sich diese Gesellschaft fragen lassen, warum Schule noch immer entgegen solchen klaren, nicht zurückzuweisenden Aussagen organisiert wird. Es gilt ein inklusives Verständnis der Gesellschaft zu entwickeln, das weit über die „Integration Behinderter“ hinausgehend **alle** Kinder als gleichwerte und würdige Menschen mit gleichen Rechten akzeptiert – unabhängig von ihren Fähigkeiten, Interessen und sozialen Hintergründen.

Wie also weiter für die IGS, hin zu einer inklusiven Schule in Hessen?

Die GGG tritt dafür ein, dass **alle Kinder in einer Schule** in gegenseitiger Wertschätzung gemeinsam erfolgreich lernen, Freiräume erhalten, alle ihre Potenziale entfalten können. Es gilt eine inklusive Perspektive für die nachwachsende Generation erlebbar zu machen. Diese Funktion der öffentlichen Schule, die damit verbundenen Chancen für die Einzelnen und die Gesell-

schaft müssen offensiv hervorgehoben werden. So stärken wir die Kollegien an den Gesamtschulen und gewinnen die Eltern für die IGS – im Interesse aller Kinder. Damit könnten die IGS in Hessen die Wege zu einer inklusiven Schule für die Demokratie aufzeigen, eine Perspektive für das gesamte Schulwesen wie die ganze Gesellschaft entwickeln.

Für dieses Ziel bedarf es intensiver Auseinandersetzung mit Politik und Bildungsverwaltung, um zunächst die Rahmenbedingungen für die Gesamtschulen so auszugestalten, dass sie den oben beschriebenen Auftrag einlösen können. Ein überfälliger Schritt hierfür ist, die schulförmigen Vorgaben für die Fachleistungsdifferenzierung aufzuheben. Die Schulen sind zu stärken und zu ermutigen, einer durchgängig binnendifferenzierenden Ausgestaltung (wie in den Gemeinschaftsschulen Berlins!) den Vorrang einzuräumen und andere Bewertungsformen zu entwickeln. Zuvorderst müssen die vergleichenden Noten, die schon in der Grundschule die schulförmige Einordnung befördern, abgeschafft werden. Persönliches Feedback und sachliche Leistungsrückmeldungen können Mut

machen und zum Lernen herausfordern, wo Noten das Interesse am Inhalt überlagern. Das Augenmerk auf eine erfolgreiche gemeinsame Bewältigung von Aufgaben ersetzt die Konkurrenz. Denn, wie Bundespräsident Steinmeier 2019 zu 100 Jahren Grundschule in der Paulskirche formulierte:

„Wir dürfen nicht zulassen, dass schon in den Vor- und Grundschuljahren Klassenunterschiede entstehen oder sich verfestigen.“

Dieser Anspruch muss generell für die öffentliche Schule gelten – auch nach der Grundschule!

Gehen wir es an, bleiben wir dran!



Gerd-Ulrich Franz
ehem. Vorsitzender
der GGG